



# HESSISCHER LANDTAG

25. 11. 2009

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Dr. Spies (SPD) vom 08.10.2009**

**betreffend Sozialpsychiatrievereinbarungen**

**und**

## **Antwort**

**des Ministers für Arbeit, Familie und Gesundheit**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Was war Gegenstand und Inhalt der zum 30.06.2009 gekündigten Sozialpsychiatrievereinbarung in Hessen?

Die Sozialpsychiatrievereinbarung (SPV) dient der Förderung einer qualifizierten sozialpsychiatrischen Behandlung von Kindern und Jugendlichen in der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung. Gegenstand war und ist die Zusammenarbeit von niedergelassenen Fachärzten für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie für Kinderheilkunde, Nervenärzte und Psychiater mit entsprechender Qualifikation mit nichtärztlichen Fachkräften wie z.B. Heil- und Sozialpädagogen, Logopäden, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten. Diese in der Praxis angestellten Fachkräfte haben die Aufgabe, das soziale und familiäre Umfeld psychiatrisch kranker Kinder zu koordinieren und zu betreuen.

Frage 2. Auf welcher fachlichen Überlegung beruhte die Sozialpsychiatrievereinbarung in Hessen?

Wie zu Frage 1 ausgeführt, wurde entsprechend dem gesetzlichen Auftrag (§ 43a und § 85 Abs. 2 Satz 4 SGB V) zum 01.07.1994 eine Sozialpsychiatrie-Vereinbarung als Anlage 11 zum Arzt/Ersatzkassenvertrag (EKV) auf Bundesebene geschlossen. Inhaltlich wurde damit eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiatern, Kinderärzten, Nervenärzten und Psychiatern mit entsprechender Qualifikation und komplementären Berufen ermöglicht. Hierdurch sollte vorwiegend bei komplexen sozialpädiatrischen und psychiatrischen Behandlungsproblemen insbesondere die ambulante ärztliche Betreuung als Alternative zur stationären Versorgung und anderen institutionellen Betreuungsformen ermöglicht werden.

1998 wurde auf regionaler Ebene für den Primärkassenbereich ebenfalls eine Sozialpsychiatrie-Vereinbarung geschlossen.

Die Sozialpsychiatrie-Vereinbarung (Anlage 11 zum EKV) wurde auf Bundesebene zum 31.12.2008 gekündigt. Hintergrund war die im Zusammenhang mit der Neuordnung der kassenseitigen Kompetenzen auf der Selbstverwaltungsebene nach Bildung des GKV-Spitzenverbandes Bund anstehende Zusammenführung der bisher getrennt bestehenden Verträge Bundesmantelvertrag (BMV-Ärzte) und des EKV zu einem einheitlichen Bundesmantelvertrag mit Geltung sowohl für den Primär- als auch den Ersatzkassenbereich.

Im Primärkassenbereich war die Sozialpsychiatrie-Vereinbarung Gegenstand des Honorarvertrages und galt somit zunächst weiter fort.

Der GKV-Spitzenverband Bund vereinbarte mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) eine Übergangvereinbarung zur Fortführung der besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen ab 01.01.2009 bis 31.03.2009.

Auf regionaler Ebene schloss die Kassenärztliche Vereinigung Hessen (KVH) mit dem Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V. eine Sozialpsychiatrie-Vereinbarung mit Wirkung vom 01.01.2009. Diese Vereinbarung wurde seitens der KVH zum 30.06.2009 gekündigt, da zum 01.07.2009 die Sozialpsychiatrie-Vereinbarung auf Bundesebene zwischen dem GKV-Spitzenverband Bund und der KBV in Kraft treten sollte.

Frage 3. Wie ist der aktuelle Stand zu einer Nachfolgevereinbarung zur Sozialpsychiatrievereinbarung in Hessen?

Am 01.07.2009 wurden die Verhandlungen zwischen der KBV und dem GKV-Spitzenverband Bund erfolgreich abgeschlossen, und es wurde eine Anschlussregelung zur Sozialpsychiatrie-Vereinbarung (s. Anlage) abgeschlossen. Diese bundeseinheitliche Regelung der Anlage 24 zu den Bundesmantelverträgen ist seit 01.07.2009 in Kraft.

Frage 4. Mit welchen Kosten für wen war die ursprüngliche Vereinbarung verbunden und wie ist dies in einer eventuellen Nachfolgeregelung?

In der Sozialpsychiatrie-Vereinbarung zwischen der KVH und den Landesverbänden der Krankenkassen in Hessen wurde eine Kostenpauschale außerhalb der morbiditätsorientierten Gesamtvergütung in Höhe von 161,61 € vereinbart. Damit sollten insbesondere die Kosten erstattet werden, die dem Arzt für die Beschäftigung der in der Praxis angestellten Mitarbeiter entstanden sind.

In der bundesmantelvertraglichen Anschlussregelung zur Sozialpsychiatrie-Vereinbarung zwischen der KBV und dem GKV-Spitzenverband Bund wurde eine bundeseinheitliche Vergütungsregelung getroffen. Es gilt seit dem 01.07.2009 eine gestaffelte Kostenpauschale in Höhe von 163,00 € für den ersten bis zum 350. Behandlungsfall bzw. 122,25 € ab dem 351. Behandlungsfall.

Die sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern war demzufolge innerhalb der vertragsärztlichen Versorgung zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Frage 5. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherigen Strukturen und den aktuellen Stand?

Die sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen stellt einen wichtigen Baustein innerhalb der ambulanten Versorgung dar. Gerade für Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf bedarf es multidisziplinärer Angebote.

Frage 6. Wie schätzt die Landesregierung den Bedarf in Hessen ein und wie kann bzw. soll dieser zukünftig gedeckt werden?

Es ist davon auszugehen, dass der Bedarf an Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie steigen wird.

Im Bereich der ambulanten Versorgung durch niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater besteht Verbesserungsbedarf. Die Sicherstellung ambulanter Versorgung obliegt jedoch nicht dem Land, sondern der Kassenärztlichen Vereinigung als Organ der Selbstverwaltung.

Das Land hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, zur Verbesserung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung beizutragen. Die Zahl der tagesklinischen Plätze wurde im Zeitraum zwischen 1999 und 2007 von 39 auf 145 erhöht, die Zahl der Institutsambulanzen um vier auf insgesamt 22.

Wiesbaden, 13. November 2009

**Jürgen Banzer**

**Die Anlagen können in der Bibliothek  
des Hessischen Landtags eingesehen  
oder im Internet im Dokumentenarchiv  
([www.Hessischer-Landtag.de](http://www.Hessischer-Landtag.de)) abgerufen  
werden.**

Anlage

**Vereinbarung**  
**über besondere Maßnahmen zur**  
**Verbesserung der sozialpsychiatrischen Versorgung**  
**von Kindern und Jugendlichen**

**(Sozialpsychiatrie-Vereinbarung)**

(Anlage 24 zu den Bundesmantelverträgen)

**Inhalt:**

§ 1 Grundsatz.....	3
§ 2 Teilnehmende Ärzte.....	4
§ 3 Kooperation mit komplementären Berufen.....	4
§ 4 Sonstige Aufgaben des teilnehmenden Arztes.....	4
§ 5 Antragsverfahren.....	5
§ 6 Vergütung der Tätigkeit der nichtärztlichen Mitarbeiter.....	5
§ 7 Evaluation.....	6
§ 8 Beendigung oder Widerruf der Teilnahme an der Vereinbarung.....	6
§ 9 Inkrafttreten .....	7
Anlagen.....	8

**Vereinbarung**

**gemäß § 85 Abs. 2 Satz 4 und § 43a SGB V  
über besondere Maßnahmen zur Verbesserung  
der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen**

**(Sozialpsychiatrie-Vereinbarung)**

**(Anlage 24 zu den Bundesmantelverträgen)**

zwischen

der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), K. d. ö. R., Berlin,

- einerseits -

und

dem GKV-Spitzenverband (GKV-SV), K. d. ö. R., Berlin.

- andererseits -

**§ 1 Grundsatz**

- (1) Diese Vereinbarung dient der Förderung einer qualifizierten interdisziplinären sozialpsychiatrischen Behandlung von Kindern und Jugendlichen in der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung. Im Vordergrund steht dabei der gezielte Aufbau solcher Behandlungsangebote, die für eine sinnvolle kontinuierliche Betreuung der betroffenen Patienten erforderlich sind, im Katalog der abrechnungsfähigen ärztlichen Leistungen jedoch nicht aufgeführt werden. Die Vertragspartner erfüllen damit zudem den in § 85 Abs. 2 Satz 4 und § 43 a SGB V vorgegebenen gesetzlichen Auftrag. Hierdurch soll vorwiegend bei komplexen sozialpädiatrischen und psychiatrischen Behandlungsproblemen insbesondere die ambulante ärztliche Betreuung und Behandlung als Alternative zur stationären Versorgung und anderen institutionellen Betreuungsformen ermöglicht werden.
- (2) Die sozialpsychiatrische Behandlung nach dieser Vereinbarung ist bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Patienten aufzunehmen. Zu einem späteren Zeitpunkt begonnene Behandlungen sind nicht Gegenstand dieser Vereinbarung. Eine Fortführung einer nach Satz 1 aufgenommenen sozialpsychiatrischen Behandlung nach dieser Vereinbarung über die Vollendung des 21. Lebensjahres des Patienten hinaus ist nur unter Angabe einer besonderen Begründung möglich.

## § 2 Teilnehmende Ärzte

An dieser Vereinbarung können Ärzte teilnehmen, die die Berechtigung zum Führen der Gebietsbezeichnung Kinder- und Jugendpsychiater erworben haben sowie Kinderärzte, Nervenärzte und Psychiater mit entsprechender Qualifikation, d.h. mit mindestens zweijähriger Weiterbildung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, wenn sie die in den §§ 3 und 4 genannten Voraussetzungen erfüllen und sich gegenüber einer Kassenärztlichen Vereinigung verpflichten, eine qualifizierte sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Sinne dieser Vereinbarung sicher zu stellen.

## § 3 Kooperation mit komplementären Berufen

- (1) Der an dieser Vereinbarung teilnehmende Arzt muss die interdisziplinäre Zusammenarbeit medizinischer, psychologischer, pädagogischer und sozialer Dienste gewährleisten. Hierdurch müssen – zusätzlich zu den in der vertragsärztlichen Versorgung abrechnungs- und verordnungsfähigen Leistungen – die im Anhang zu dieser Vereinbarung aufgeführten Leistungsbereiche und Tätigkeitsfelder sicher gestellt werden.
- (2) Für die sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen sollen dem Praxisteam mindestens ein Heilpädagoge und ein Sozialarbeiter bzw. eine entsprechende Zahl von Mitarbeitern mit jeweils vergleichbaren Qualifikationen wie Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit kinder- und jugendpsychiatrischer bzw. therapeutischer Zusatzqualifikation angehören. Die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit des Heilpädagogen und des Sozialarbeiters im Praxisteam soll zusammen mindestens der von 1,5 Vollzeitkräften entsprechen. Dies ist jeweils auf einen Arzt bezogen. Sind mehrere Ärzte einer Praxis im Rahmen der SPV tätig, ist die Anzahl der nicht-ärztlichen Mitarbeiter angemessen zu erhöhen. Für die genannten nichtärztlichen Mitarbeiter müssen mindestens zwei eigene, abgeschlossene Arbeitsräume in der Praxis zur Verfügung stehen.
- (3) Sind Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, Sprachtherapeuten (Logopäden), Ergotherapeuten oder Physiotherapeuten in der Praxis nicht beschäftigt, hat der teilnehmende Arzt der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung unter Bezeichnung von Namen und Anschrift nachzuweisen, dass er mit den betreffenden komplementären Berufen im Bedarfsfall kooperiert.
- (4) Der an dieser Vereinbarung teilnehmende Arzt hat sicher zu stellen, dass neben der kontinuierlichen Absprache im Praxisteam zusätzlich in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch einmal im Monat, patientenorientierte Fallbesprechungen unter Einbeziehung der in den Abs. 2 und 3 genannten komplementären Berufe stattfinden.

## § 4 Sonstige Aufgaben des teilnehmenden Arztes

Der an dieser Vereinbarung teilnehmende Arzt ist zur kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den übrigen an der Behandlung des Patienten beteiligten Ärzten und – soweit erforderlich – zu deren konsiliarischer Beratung verpflichtet. Dies betrifft insbesondere die regelmäßige Abstimmung des diagnostischen und therapeutischen Vorgehens mit dem behandelnden Arzt.

### § 5 Antragsverfahren

- (1) Voraussetzung für die Teilnahme an dieser Vereinbarung ist ein entsprechender Antrag an die für den Sitz des Antragstellers zuständige Kassenärztliche Vereinigung. Dem Antrag sind die Nachweise für die Erfüllung der in § 3 genannten Voraussetzungen sowie eine Erklärung beizufügen, nach der sich der Antrag stellende Arzt verpflichtet, die in dieser Vereinbarung aufgeführten Anforderungen zu erfüllen und eine umfassende sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen nach den Regeln der ärztlichen Kunst für die von ihm betreuten Patienten sicher zu stellen. Die Teilnahme an dieser Vereinbarung ist unabhängig von der Teilnahme an der hausärztlichen oder fachärztlichen Versorgung. Ärzte, die bereits an bisherigen regionalen Sozialpsychiatrie-Vereinbarungen teilnehmen, können auf deren formlose schriftliche Erklärung gegenüber der am Arztsitz zuständigen KV, dass sie die Voraussetzungen zur Teilnahme an dieser Vereinbarung erfüllen, ohne erneutes Antragsverfahren zur Teilnahme an dieser Vereinbarung zugelassen werden.
- (2) Die zuständige Kassenärztliche Vereinigung entscheidet über den Antrag nach Prüfung des Vorliegens der in § 3 genannten Voraussetzungen.
- (3) Der an dieser Vereinbarung teilnehmende Arzt hat die zuständige Kassenärztliche Vereinigung über alle Änderungen zu informieren, welche die Erfüllung der in § 3 genannten Voraussetzungen betreffen.
- (4) Die Kassenärztliche Vereinigung informiert die jeweiligen Landesverbände der Krankenkassen, die Verbände der Ersatzkassen und den GKV-SV in regelmäßigen Abständen, mindestens aber jährlich, über die Namen und Anschriften der an dieser Vereinbarung teilnehmenden Ärzte.

### § 6 Vergütung der Tätigkeit der nichtärztlichen Mitarbeiter

- (1) Werden im Rahmen der sozialpsychiatrischen Behandlung von Kindern und Jugendlichen Leistungen erbracht, die im Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) aufgeführt sind, so werden diese Leistungen nach den entsprechenden Leistungsansätzen vergütet. Dies gilt auch für Leistungen der nichtärztlichen Mitarbeiter, wenn der Arzt diese anordnet, fachlich überwacht und der Mitarbeiter zur Erbringung der ihm übertragenen Hilfeleistungen qualifiziert ist.
- (2) Zur Erstattung des besonderen Aufwandes, welcher im Rahmen der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit der multiprofessionellen Betreuung von Patienten nach Maßgabe dieser Vereinbarung verbunden ist, wird dem an dieser Vereinbarung teilnehmenden Arzt zusätzlich zu den nach dem EBM abrechnungsfähigen Leistungen eine Kostenpauschale gemäß Anlage 2 je Behandlungsfall vergütet. Damit werden insbesondere die Kosten abgegolten, die dem Arzt für die Beschäftigung der unter § 3 Abs. 2 aufgeführten Mitarbeiter entstehen. Deren Tätigwerden in der Praxis des Arztes ist für eine umfassende ambulante sozialpsychiatrische Versorgung essentiell.
- (3) Voraussetzung für die Vergütung der Pauschale nach Abs. 2 ist, dass der abrechnende Arzt auf dem Abrechnungsschein auch unter Angabe der Diagnose bestätigt, dass bei dem betreffenden Patienten eine psychische Erkrankung, Behinderung oder Konfliktsituation mit fortgesetztem Interventionsbedarf unter Einbeziehung komplementärer Dienste vorgelegen hat.

- (4) Der an dieser Vereinbarung teilnehmende Arzt hat den Patienten bzw. dessen Eltern vor Aufnahme der Behandlung gemäß dieser Vereinbarung zu befragen, ob bereits eine laufende sozialpsychiatrische Behandlung in Sozialpädiatrischen Zentren, Psychiatrischen Institutsambulanzen oder anderen sozialpsychiatrischen Einrichtungen in Anspruch genommen wird. Das Ergebnis der Befragung ist zu dokumentieren. Sofern die Befragung ergibt, dass bereits eine laufende sozialpsychiatrische Behandlung in Sozialpädiatrischen Zentren, Psychiatrischen Institutsambulanzen oder anderen sozialpsychiatrischen Einrichtungen in Anspruch genommen wird, besteht vor deren Beendigung kein Anspruch auf eine Versorgung und Vergütung im Rahmen dieser Vereinbarung.

### § 7 Evaluation

Der GKV-Spitzenverband und die Kassenärztliche Bundesvereinigung werden die Ergebnisse dieser Vereinbarung zur Qualitätssicherung gemeinsam erfassen und auswerten. Die Evaluation wird mindestens 1 Jahr, höchstens 2 Jahre nach Abschluss der Vereinbarung einvernehmlich von den Vertragspartnern durchgeführt und nach weiteren 5 Jahren wiederholt. Grundlage dieser Evaluation ist eine zwischen den Vertragspartnern abgestimmte, standardisierte EDV-Dokumentation, mit welcher die an der Vereinbarung beteiligten Ärzte / Praxen und – mit einem separaten Dokumentationsbogen – die Patienten bzw. deren Bezugspersonen befragt werden.

Die an dieser Vereinbarung teilnehmenden Vertragsärzte verpflichten sich zur Beteiligung an der Evaluation und stellen dazu in pseudonymisierter Form die geforderten Angaben zu den Patienten, zur Durchführung der Maßnahmen und zu den Ergebnissen der Behandlung zur Verfügung.

Die Ergebnisse der Evaluation werden den Vertragspartnern und den teilnehmenden Ärzten zur Verfügung gestellt.

Das Nähere zu den Inhalten und zum Verfahren der Dokumentation, zur Datenübermittlung, zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen und zur Evaluation der Ergebnisse werden die Vertragspartner bis zum 31. Juli 2009 in einer separaten Anlage zu dieser Vereinbarung bestimmen.

### § 8 Beendigung oder Widerruf der Teilnahme an der Vereinbarung

- (1) Die Teilnahme an dieser Vereinbarung endet

- a) mit der Beendigung der vertragsärztlichen Tätigkeit
- b) mit dem Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem der Vertragsarzt seine Tätigkeit nach dieser Vereinbarung einstellt,
- c) mit der Feststellung durch die zuständige Kassenärztliche Vereinigung, dass die in dieser Vereinbarung festgelegten Erfordernisse durch den Arzt oder das Praxisteam nicht oder nicht mehr erfüllt werden.

- (2) Die Genehmigung zur Teilnahme an der Vereinbarung ist mit einer Frist von zwei Monaten zum Ende eines Kalendervierteljahres durch die Kassenärztliche Vereinigung zu widerrufen, wenn aufgrund einer Qualitätsprüfung im Einzelfall (Stichprobe) gemäß den Richtlinien der Kassenärztlichen Bundesvereinigung für das Verfahren zur Qualitätssicherung nach § 135 Abs. 3 SGB V festgestellt wurde, dass die ordnungsgemäße Durchführung der Vereinbarung nicht mehr gewährleistet ist.



**§ 9 Inkrafttreten**

- (1) Die Vereinbarung tritt am 01.07.2009 in Kraft.
- (2) Diese bundesmantelvertragliche Regelung tritt an die Stelle ggf. bestehender Vereinbarungen auf Landesebene ohne dass es einer vorherigen Kündigung bedarf.
- (3) Abweichend von (Abs. 2) gelten vor dem 01.07.2009 auf Landesebene vereinbarte Verträge zur sozialpsychiatrischen Versorgung weiter, wenn sich die Kassenärztliche Vereinigung und die Verbände der Krankenkassen gemeinsam und einheitlich dafür aussprechen.

**Anlage 1**

**zur Vereinbarung gemäß § 85 Abs. 2 Satz 4 und § 43a SGB V  
über besondere Maßnahmen zur Verbesserung der sozialpsychiatrischen  
Versorgung von Kindern und Jugendlichen (Sozialpsychiatrie-Vereinbarung)**

Leistungsbereiche und Tätigkeitsfelder, die vom an der Vereinbarung teilnehmenden Arzt sicher zu stellen sind:

**I. Diagnostik**

1. Neuropsychiatrische Diagnostik unter Einbeziehung aller klinisch relevanten somatischen Befunde.
2. Umfassende Diagnostik der Entwicklung und des Sozialverhaltens, einschließlich der Verhaltensbeobachtung im sozialen Umfeld.
3. Interaktions- und Beziehungsdiagnostik einschließlich biographischer Anamnese mit Beobachtung des Patienten im Kontakt mit seinen Bezugspersonen und seiner Umwelt.
4. Spezifische Testdiagnostik unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Entwicklungsstörung, Erkrankung oder Behinderung.

**II. Therapie**

1. Erstellen von individuellen Therapieplänen unter Einbeziehung der jeweils erforderlichen ärztlichen und nichtärztlichen Maßnahmen.
2. Koordination und verantwortliche Begleitung des therapeutischen Prozesses.
3. Beratung der Bezugspersonen, ggf. mit Anleitung zur Verhaltensänderung.
4. Sozialberatung des Patienten und seiner Bezugspersonen.
5. Intervention bei psychosozialen Krisen; einschließlich der erforderlichen Kontaktaufnahmen z.B. zu Behörden und Schulen.
6. Heilpädagogische und soziotherapeutische Maßnahmen.
7. Psychotherapeutische Maßnahmen.
8. Entwicklungstherapeutische Maßnahmen (z.B. Ergotherapie, Logopädie).

**III. Mindestanzahl der Patientenkontakte**

Voraussetzung zur Abrechnung der Pauschale nach § 6 Abs. 2 dieser Vereinbarung sind im Behandlungsfall mindestens ein Arzt-Patienten-Kontakt sowie mindestens ein SPV-Mitarbeiter-Patienten-Kontakt zuzüglich eines weiteren Kontaktes, der als

Arzt-Patienten-Kontakt,  
oder  
Arzt-Eltern-Kontakt,  
oder  
SPV-Mitarbeiter-Patienten-Kontakt

erbracht werden kann.